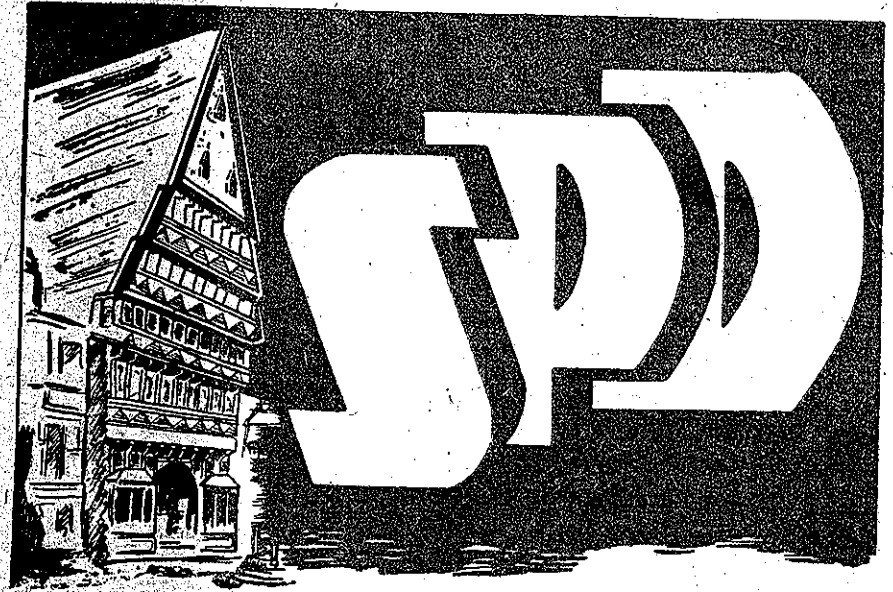




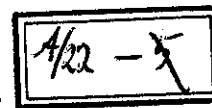
SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS • BEZIRK HANNOVER

RECHENSCHAFTSBERICHT

ZUM

BEZIRKSPARTEITAG 1948

7. UND 8. AUGUST 1948 IN HILDESHEIM



Tagesordnung

1. Eröffnung und Begrüßung.
2. Festsetzung der Tages- und Geschäftsordnung.
3. Wahl der Mandatsprüfungs-Kommission.
4. Bericht des Bezirksvorstandes.
Aussprache und Erledigung von Anträgen zur Organisation.
5. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit im Lande Niedersachsen.
Aussprache und Anträge zur parlamentarischen Arbeit.
6. Beratung der sonstigen Anträge und deren Beschlußfassung.
7. Wahl des Bezirksvorstandes.
8. Politisches Referat. — Referent Gen. Erich Ollenhauer.
Aussprache.

Geschäftsordnung

1. Stimmberechtigte Delegierte der Konferenz sind nach dem Organisationsstatut des Bezirks Hannover unter a) bis e) Genannte.
2. Die Redezeit für Referenten beträgt eine Stunde.
3. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt 10 Minuten.
4. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Wortmeldung das Wort. Die Wortmeldungen sind schriftlich einzureichen.
5. Anträge zur Geschäftsordnung können mündlich gestellt und begründet werden. Die Antragsteller erhalten außer der Reihenfolge der Diskussionsredner das Wort. Die Abstimmung über Anträge zur Geschäftsordnung erfolgt, nachdem je ein Redner für und gegen den Antrag gesprochen hat.
6. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluß der Debatte zulässig.
7. Die Beschlüsse der Konferenz werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefaßt.
8. Während der Konferenz gestellte Anträge können nur behandelt werden, wenn sie von mindestens 20 Delegierten unterstützt sind.

Sozialdemokratische Partei
Deutschlands

Bezirk Hannover

Hannover, Odeonsstraße 15/16

Einleitung

Der vorliegende Geschäftsbericht gibt Aufschluß über die Arbeit des Bezirksvorstandes für die Zeit vom August 1946 bis zum 1. Juli 1948. Es ist dies der erste gedruckte Geschäftsbericht, der nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus für den Bezirk Hannover herausgegeben werden konnte. Auf dem ersten Bezirksparteitag 1946 in Barsinghausen war es noch nicht möglich, da die Parteiorganisation zunächst noch im ersten Aufbau begriffen war. Auch heute ist der Aufbau der Organisation noch nicht abgeschlossen.

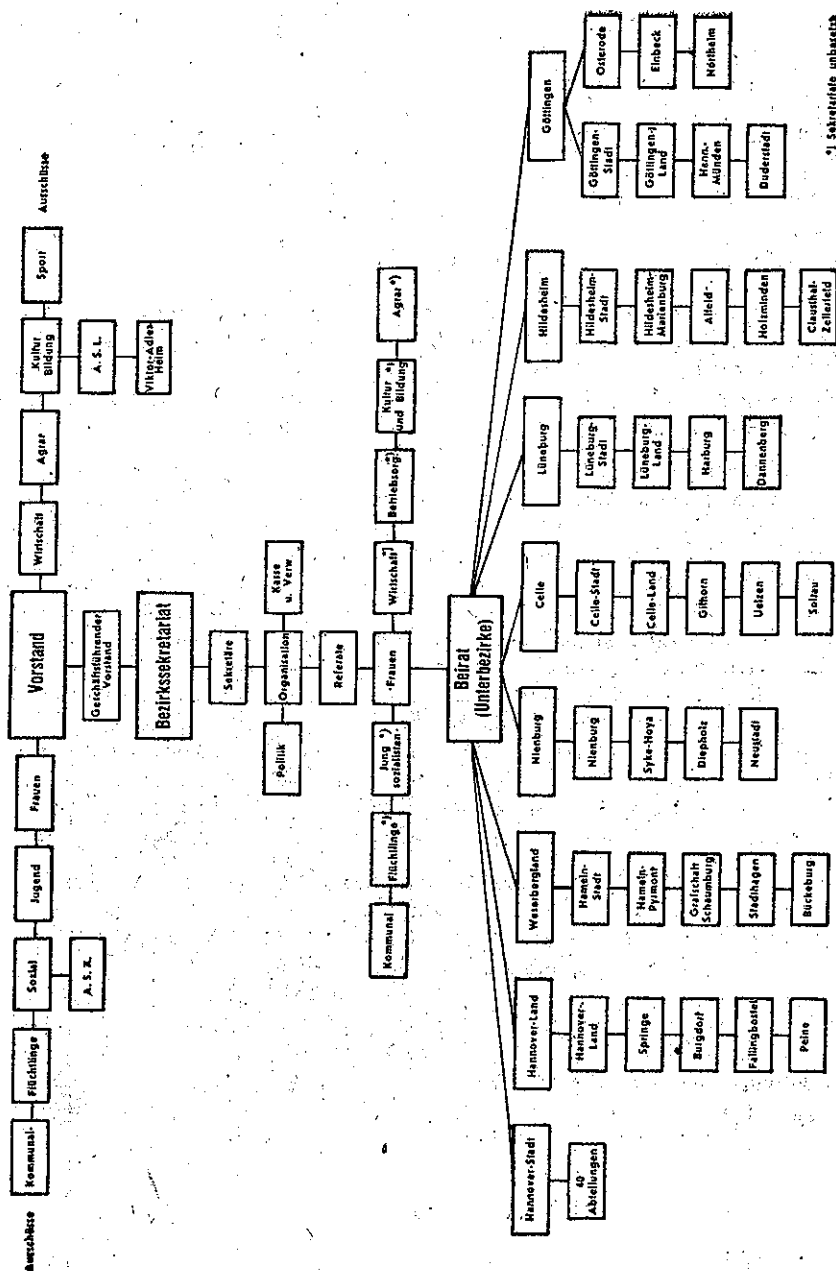
Die gesamte Parteiarbeit litt an den unerträglichen Zuständen, an den Schwierigkeiten auf allen Gebieten, die wir in den letzten zwei Jahren erleben mußten. Statt einer langsamen, stetigen Besserung des gesamten Wirtschaftslebens in Deutschland mußten wir erleben, daß sich die unerträglichen Zustände zum Teil verstärkten. Der ersehnte Beginn des Neuaufbaues Deutschlands wurde durch Krisen behindert, so daß die Befürchtung bestand, daß das gesamte Wirtschaftsleben vollständig zum Erliegen kam. Hervorgehoben wurde diese Situation durch die Uneinigkeit der Besatzungsmächte und durch die Unzulänglichkeiten der deutschen Stellen. Wir erinnern an die Schwierigkeiten der Ernährungsverhältnisse, an die Demontagepolitik der Besatzungsmächte, an die Streiks, hervorgerufen durch die unzureichende Verteilung von Lebensmitteln und Versorgungsgütern. Wir erinnern an den sehr strengen und langen Winter mit Stromsperrn und Feuerungsmangel. Unter all diesen aufgezählten Schwierigkeiten mußte die Arbeit der Partei weiter vorangetragen werden.

Es war nur möglich unter Aufbietung aller Kräfte, die sich uns zur Mitarbeit stellten, das zu erreichen, was bis heute geschaffen ist. Es war nur der unermüdlichen Tätigkeit der sich zur Verfügung stellenden Funktionäre zu verdanken, daß wir keine Rückschläge, sondern eine gute Aufwärtsentwicklung auf organisatorischem Gebiete in den letzten zwei Jahren erreichen konnten. Wir sind uns darüber klar, daß wir mit dem bisher Erreichten nicht zufrieden sein dürfen, sondern im kommenden Jahre mit noch größeren Anstrengungen und mit einer Aktivierung des gesamten Funktionärkörpers und der Mitglieder das Ziel des wirtschaftlichen und politischen Neubaues Deutschlands und Europas unter sozialistischer Führung erreichen.

Stand der Organisation im Bezirk

Der Bezirk Hannover umfaßt die drei Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim und Lüneburg. Er ist aufgeteilt in 8 Unterbezirke und 35 Kreise. Aus umstehender Darstellung ist der Organisations-Aufbau des Bezirkes erkennbar.

Organisations-Aufbau des Bezirks Hannover



Hierbei muß berichtet werden, daß ein Organisationsumbau im Bezirk vorgenommen werden mußte. Der große Unterbezirk Hannover-Land mußte aufgeteilt werden, damit der bisher bestehende Unterbezirk Schaumburg-Lippe, der nicht größer war als ein Kreisverein, zur besseren Organisationsdurcharbeitung zu einem neuen Unterbezirk umgebildet werden konnte. Das Land Schaumburg-Lippe kam durch die Neubildung des Landes Niedersachsen zum Bezirk Hannover. Am 20. März 1948 wurde in Rinteln der neue Unterbezirk Weser-Bergland mit den Kreisen Hameln, Rinteln und Schaumburg-Lippe gegründet. Hierdurch wird eine bessere Bearbeitung für beide Unterbezirke gewährleistet. Andererseits wird der Kreis Schaumburg-Lippe, der vor 1933 zu dem Bezirk östliches Westfalen gehörte, in das Bezirksleben des Bezirks Hannover besser eingegliedert. Die letzten Monate haben gezeigt, daß durch die Neubildung das Organisationsleben des neuen Unterbezirks Weser-Bergland wesentlich befruchtet ist.

Mitgliederbewegung 1931 und von 1946 bis 31. März 1948

Aus nachfolgender Tabelle ist die stetige Aufwärtsentwicklung unserer Organisation ersichtlich. Auf dem Bezirksparteitag in Barsinghausen konnte berichtet werden, daß bis zum 30. Juni 1946

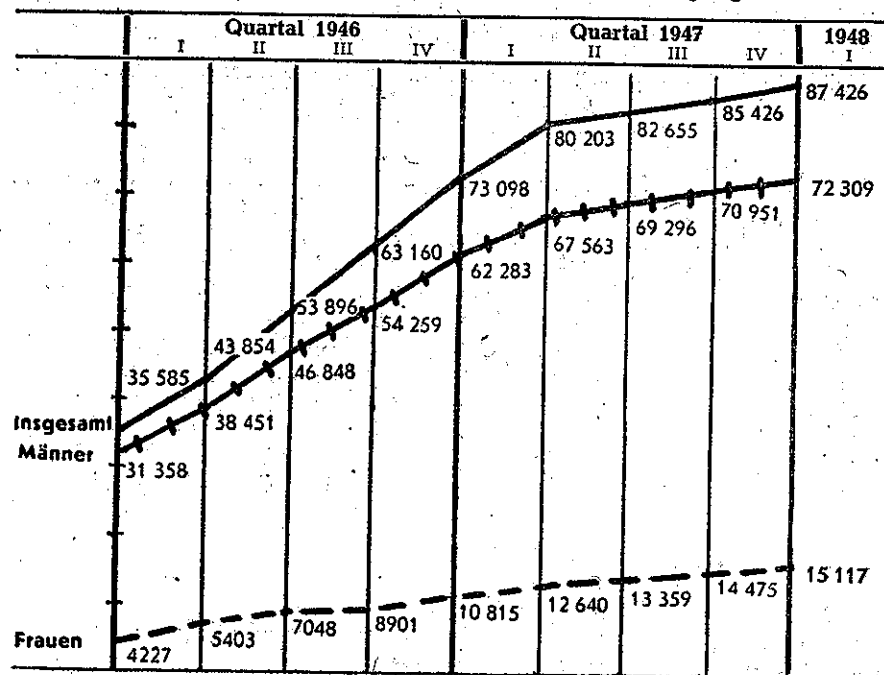
38 451 männliche Mitglieder und 5403 weibliche Mitglieder,

also insgesamt 43 854 Mitglieder in unserer Organisation waren.

Wir können im Augenblick nur einen abschließenden Bericht bis zum 31. März 1948 geben, da durch die Währungsreform der Abschluß des 2. Quartals von den Unterbezirken noch nicht endgültig zum Abschluß gebracht werden konnte. Bis zum 31. März 1948 ist in etwa zwei Jahren unsere Mitgliedschaft um fast 100 Prozent gestiegen. Wir hatten am 31. März 1948

72 309 männliche und 15 117 weibliche, das sind insgesamt 87 426 Mitglieder.

Graphische Darstellung der Mitgliederbewegung



Mitgliederbewegung

Stand am 31. Dezember 1946

Unterbezirke	Mitglieder			Prozent der weibl. Mitglieder	Anzahl der Gemeind. OV.	
	männl.	weibl.	insges.			
Ortsverein Hannover	9 807	3 484	13 291	25,7	1	1
Hannover-Land	11 821	1 363	13 184	10,4	501	246
Hildesheim	8 965	840	9 805	8,6	279	192
Göttingen	9 671	1 288	10 959	11,5	303	218
Celle	6 119	858	6 977	12,1	492	148
Nienburg	2 753	283	3 036	7,4	335	65
Lüneburg	3 260	620	3 880	16	490	68
Schaumburg	1 863	165	2 028	8,2	70	47
	54 259	8 901	63 160	14	2 471	985

Stand am 31. Dezember 1947

Unterbezirke	Mitglieder			Prozent der weibl. Mitglieder	Anzahl der Gemeind. OV.	
	männl.	weibl.	insges.			
Ortsverein Hannover	11 477	5 000	16 477	30,4	1	1
Hannover-Land	16 515	2 433	18 948	12,8	501	314
Hildesheim	11 196	1 499	12 695	11,8	279	217
Göttingen	12 834	2 213	15 047	14,7	303	237
Celle	7 807	1 338	9 145	14,6	492	189
Nienburg	4 313	771	5 084	15,1	335	115
Lüneburg	4 489	1 004	5 493	18,3	490	114
Schaumburg	2 320	217	2 537	8,6	70	53
	70 951	14 475	85 426	17	2 471	1 240

Stand am 31. März 1948

Unterbezirke	Mitglieder			Stand d. Bevölk. 29. 10. 46	%	Anzahl der Gemeind. OV.	
	männl.	weibl.	insges.				
Ortsverein Hannover	11 608	5 114	16 722	357 040	30,8	1	1
Hannover-Land	16 725	2 569	19 294	698 366	13,3	501	315
Hildesheim	11 446	1 622	13 068	408 548	12,5	279	221
Göttingen	13 311	2 379	15 690	448 649	15,1	303	240
Celle	7 930	1 409	9 339	440 822	15	492	189
Nienburg	4 470	797	5 267	380 112	15,1	335	135
Lüneburg	4 419	1 040	5 459	298 285	19,3	490	116
Schaumburg	2 400	187	2 587	78 755	7,3	70	53
	72 309	15 117	87 426	3 110 577	17,5	2 471	1 270

Stand am 31. März 1931

36 882 männliche Mitglieder

11 049 weibliche Mitglieder = 23% der Gesamtmitglieder

Insgesamt 47 931 Mitglieder in 498 Ortsvereinen.

Wir erkennen daraus, daß unserer Partei von seiten der Bevölkerung immer mehr Vertrauen entgegengebracht wird. Man kann weiter feststellen, daß die demokratische Willensbildung nach der zwölfjährigen Nazierrschaft Fortschritte macht und daß es darauf ankommt, innerhalb unserer Parteiorganisation und des Funktionärkörpers alles zu organisieren, damit die erheblichen Erfolge in einem noch weit größeren Maße verstärkt werden können.

Erfreulich ist es, daß es uns gelungen ist, auch besonders in die ländlichen Gebiete einzudringen und Erfolge aufzuzeigen. In den in unserem Bezirk befindlichen 2471 Gemeinden sind in 1270 Gemeinden Ortsvereine vorhanden. Im Jahre 1931 waren es 498 Ortsvereine.

Kassenbericht

Die große Zahl unserer Mitglieder und unserer Ortsvereine ergibt eine umfangreiche Arbeit in der Erfassung und Betreuung derselben.

So erfreulich sich diese Zahlen auf der Einnahmenseite widerspiegeln, so bedingen sie aber auch große Zahlen auf der Ausgabenseite. Zur Berichterstattung veröffentlichen wir die Jahresabrechnungen von 1946 und 1947. Die Jahresübersichten umfassen sämtliche Einnahmen und Ausgaben der Ortsvereine, Kreisvereine, der Unterbezirke und des Bezirkssekretariats.

Der Kassenbericht läßt weiter die allgemeinen inflationistischen Tendenzen des vorhandenen Geldüberhangs erkennen. Er zeigt aber auch die Bereitwilligkeit unserer Mitglieder am finanziellen Aufbau unserer Partei mit beizutragen.

Durch den Neuaufbau unserer Parteiorganisation bedingt, war es notwendig, in der Berichtszeit viel Zeit und Geld für die Beschaffung der technischen Voraussetzungen der Organisation aufzuwenden. Vom Bezirksbüro ist alles getan worden, um noch vor der Währungsreform die notwendigen Hilfsmittel zu beschaffen und den Ausbau des Bezirksbüros durchzuführen. Es war nicht immer einfach, die notwendigsten Dinge zu beschaffen. Ein typisches Zeichen dieser Zeit war es, daß sich die hauptamtlichen Sekretäre des Bezirks im Interesse des gesamten Aufbaues oftmals unter großem Zeitaufwand einschalten mußten, um fehlende Einrichtungsgegenstände oder notwendige Ersatzteile zu beschaffen.

Vor der Währungsreform waren eingehende Ueberlegungen und Beratungen notwendig, um die Voraussetzungen der kommenden Arbeit zu sichern.

Wir werden in Zukunft sicherlich mit geringeren Einnahmen zu rechnen haben, die es uns nicht gestatten, Anschaffungen größerer Art zu machen. Daher sehen wir es als unsere Aufgabe an, die Voraussetzungen für unsere kommende Arbeit durch den fast vollendeten Ausbau unseres Bezirksbüros sicherzustellen.

Nachweis der Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1946

Einnahmen	RM	Ausgaben	RM
1. Kassenbestand einschl. Bank- u. Postscheckguthaben am Beginn des Jahres	81 665,20	1. An den Parteivorstand überwiesen	47 861,31
2. Neuaufnahmen	26 531,69	2. Agitation	44 126,37
3. Beiträge	671 865,50	3. Schriften	56 839,05
4. Sammlungen	140 112,66	4. Bildungszwecke	14 170,66
5. Veranstaltungen	160 927,71	5. Verwaltungskosten	240 389,10
6. Sonstiges	198 616,90	6. Wahlen	113 765,93
		7. Veranstaltungen	102 087,38
		8. Sonstige Ausgaben	376 854,48
		9. Kassenbestand einschl. Bank- u. Postscheckguthaben am Schluß des Vierteljahres	283 625,38
	<u>1 279 719,66</u>		<u>1 279 719,66</u>

Nachweis der Einnahmen und Ausgaben im Jahre 1947

Einnahmen	RM	Ausgaben	RM
1. Kassenbestand einschl. Bank- u. Postscheckgut- haben am Beginn des Jahres	283 625,38	1. An den Parteivorstand überwiesen	130 293,62
2. Neuaufnahmen	12 410,45	2. Agitation	37 286,35
3. Beiträge	971 937,50	3. Schriften	255 511,85
4. Wahlfonds	33 048,51	4. Bildungszwecke	98 964,37
5. Sammlungen	111 150,92	5. Verwaltungskosten	395 483,26
6. Veranstaltungen	288 686,47	6. Wahlen	170 949,76
7. Sonstiges	615 793,65	7. Veranstaltungen	227 035,75
		8. sonstige Ausgaben	507 084,57
		9. Kassenbestände der Orts- vereine am Schluß des Jahres 1947	266 008,14
		10. Kassenbestand d. Bezirks am Schluß d. Jahres 1947	228 035,21
	<u>2 316 652,88</u>		<u>2 316 652,88</u>

Die Revisoren:

gez. Albert Heuer
gez. Johannes Lau
gez. Fritz Maasberg

Tätigkeit des Bezirkssekretariats und des Bezirksvorstandes

Bei diesem Bericht ist es notwendig, kurz die personelle und büromäßige Entwicklung des Bezirkssekretariats aufzuzeigen. Z. Zt. des Bezirksparteitages in Barsinghausen war das Bezirksbüro mit dem Parteivorstand und dem Ortsverein Hannover in einer Wohnung in der Jacobsstraße untergebracht. Kurz darauf konnte das Bezirkssekretariat nach eigenem Ausbau drei Büroräume im früheren Gewerkschaftshaus, Hannover, Odeonstraße 15/16, beziehen. Diese ungenügende Unterbringung dauerte bis zum Mai 1947. Während der Zwischenzeit waren in einem Seitenflügel fünf weitere Büroräume ausgebaut. Der Raumgewinn war nicht besonders erheblich, da zwei der früheren Räume an den Parteivorstand abgegeben werden mußten. Durch den Ausbau von zwei Kellerräumen ist die Raumbeschaffung für das Bezirksbüro zunächst erschöpft.

Die personelle Besetzung des Bezirkssekretariats zeigt in der Berichtszeit einen starken Wechsel der Sachbearbeiter. Durch die Wahl des Gen. Franke auf dem Nürnberger Parteitag zum geschäftsführenden Parteivorstandsmitglied übernahm der Gen. Hans Striefler am 1. September 1947 die Aufgaben des Gen. Franke. Auch das kommunalpolitische Sekretariat wechselte in dieser Zeit dreimal und war längere Zeit unbesetzt. Durch das Ausscheiden von Gen. Kiefer, Bohland und Gerland war das Sekretariat längere Zeit nur durch zwei Sekretäre besetzt, die die umfangreiche Arbeit nur notdürftig und behelfsmäßig durchführen konnten. Die Besetzung der einzelnen Sachgebiete war schwierig, da sich oft geeignete Genossen aus z. T. persönlichen Gründen weigerten, die Arbeit in hauptamtlicher Tätigkeit zu übernehmen.

Der Bezirksvorstand sah daher seine Hauptaufgabe z. T. in der Neubesetzung und weiteren Ausbau der freigewordenen Referate. Es ist für die Zukunft ein unmöglicher Zustand, daß einer der größten Parteibezirke seine wichtigsten Referate nicht stetig besetzt hat. Außerdem ist es auf die Dauer für unsere politische Arbeit nicht tragbar und es kann von den Sekretären nicht verlangt werden, mehrere Referate ordnungsgemäß zu verwalten.

Trotz all dieser Schwierigkeiten hat der Bezirksvorstand und das Sekretariat während der Berichtszeit drei Wahlen und eine Nachwahl durchführen müssen. Diese Wahlen waren für uns ein Erfolg. Seinen besten Erfolg aber sieht der Bezirksvorstand allerdings in der Einrichtung unserer Schulungsstätte, des Viktor-Adler-Heimes in Springe. Obwohl es uns 1933 gehört hat, bedurfte es zur Rückerwerbung großer Anstrengungen. Es war notwendig, daß wir unsere maßgeblichsten Genossen aus der Verwaltung bei der Rückerwerbung dieses Heimes mit einschalteten. Selbst nach der Rückerwerbung bedurfte es noch großer Anstrengungen, das Heim zu dem zu machen, was es heute für uns bedeutet.

Um die politischen und die Verwaltungsarbeiten durchführen zu können, trat der Bezirksvorstand in der Berichtszeit 63 mal zur Beratung und Beschlußfassung zusammen. Der Bezirksbeirat wurde sechsmal zusammengerufen, um in Vertretung des Bezirksparteitages politische Entscheidungen zu treffen und u. a. die Kandidaten für die Wahlvorschläge der Landtagswahl endgültig zu bestimmen. Außerdem trafen die Unterbezirkssekretäre und auch die Kreissekretäre zu organisatorischen und politischen Besprechungen zusammen.

Das Bezirkssekretariat wurde infolge der allgemeinen Not und der vielen Sorgen unserer Mitglieder auf allen Gebieten stark beansprucht. Der Publikumsverkehr war immer stark und sehr lebhaft. Neben den vielen mündlichen Auskünften im Sekretariat und der agitatorischen Außenarbeit ergab sich eine starke schriftliche Tätigkeit, die auch mit den ansteigenden Mitgliederzahlen wächst. Die Arbeit läßt sich in nachstehenden Zahlen des Postausgangs im Bezirkssekretariat erkennen:

	Briefsendungen	Paketsendungen
1946:	3 752	67
1947:	13 302	482
1948: 1. Halbjahr	11 634	486

Die Wahl- und Agitationsarbeit wurde sehr ausgiebig betrieben. Es wurde das nachstehend aufgeführte Drucksachenmaterial in unserem Bezirk zur Verbreitung gebracht:

August 1946 bis 30. Juni 1948:

Broschüren	2 117 935
Plakate	702 480
Flugblätter	4 588 500
Wählerzeitungen	276 500
	<u>7 685 415</u>
SPD-Wochenschrift	3 283 000
	<u>10 968 415</u>

Die notwendige Außenarbeit litt unter der Unterbesetzung des Bezirkssekretariats und der damit vorhandenen Ueberbelastung der Bezirksvorstandsmitglieder. Zusätzlich mußten viele Streitigkeiten unter den Genossen durch ein Bezirksschiedsverfahren von Bezirksvorstandsmitgliedern und dem Bezirkssekretariat in den Unterbezirken geschlichtet werden. Auch die Unterbezirkskonferenzen sowie ein Teil Kreiskonferenzen wurden durch Vertreter des Bezirksvorstandes besucht.

Im Parteiausschuß war die Bezirksorganisation durch die Genossin Rosa Helfers und den Gen. Borowski vertreten. Auf dem Parteitag in Nürnberg war der Bezirk Hannover durch 26 Delegierte und 2 Mitglieder des Parteiausschusses vertreten.

Wahlen

Die wichtigsten Ereignisse in unserer Berichtszeit waren die Gemeindewahlen am 15. September 1946, die Kreistagswahlen am 13. Oktober 1946 und die Landtagswahl am 20. April 1947.

Unsere Organisationstätigkeit für die Wahlen mußte sich auf die neue Art der teils Persönlichkeits- teils Verhältniswahlen einstellen. Es war notwendig, unsere Werbung auf den einzelnen Kandidaten umzustellen. Das von uns für die Landtagswahl herausgegebene Wahlplakat mit dem Bild des Kandidaten und einem Wahlspruch war richtungweisend auch für andere Bezirke. Den Umfang des herausgegebenen Werbematerials zu diesen drei Wahlen haben wir im Bericht des Bezirkssekretariats mit aufgeführt.

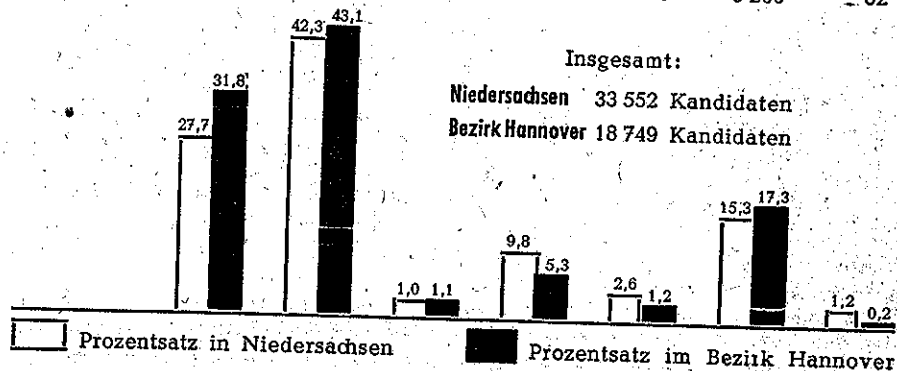
Es wäre noch in einem weit größeren Ausmaß Agitationsmaterial herausgebracht worden, wenn die Möglichkeit der Papierbeschaffung durch die Bewirtschaftung nicht so stark behindert gewesen wäre. Nur durch die Initiative des Bezirkssekretariats war es möglich, besondere Zuweisungen zu erhalten. Der Erfolg der Wahlen war nur möglich, unter dem größtmöglichen Einsatz unserer gesamten Funktionäre und Mitglieder, die die Wichtigkeit der gesamten Wahlen frühzeitig erkannten und sich unter vollem Einsatz zur Verfügung stellten und damit den sichtbaren Erfolg erreichten.

A. Gemeindewahlen: Bei den Gemeindewahlen zeigte sich zum Teil, daß der Organisationsaufbau in den kleinen Ortsvereinen noch nicht vollendet war. Wir ersehen aus den nachfolgenden Tabellen, daß besonders bei den Gemeindewahlen noch sehr viel unabhängige Kandidaten aufgestellt und gewählt wurden. Man erkennt daraus, daß zu der Zeit ein Teil dieser Kandidaten sich öffentlich nicht parteipolitisch binden wollte. Die Erfahrungen haben aber gezeigt, daß ein ganzer Teil dieser unparteilichen Kandidaten später zur SPD übergegangen ist oder mit der SPD in seiner Vertreterkörperschaft stimmte. Die Kommunalpolitik hat im gegenwärtigen Augenblick eine besondere Bedeutung, weil in der Gemeinde wirklich praktische Politik, die sich zum Teil sofort auswirkt, getrieben werden muß. Die nachfolgenden Tabellen ergeben eine Uebersicht über die Erfolge bei den Gemeindewahlen für die SPD im Bezirk Hannover. Die Ergebnisse zeigen, daß die SPD-Stimmen im Bezirk Hannover im Verhältnis zum Land Niedersachsen bedeutend höher sind.

Gemeindewahlen am 15. September 1946

Zahl der gewählten bzw. als gewählt erklärten Kandidaten
(direkt und auf der Reserveliste)

	SPD	Unabh.	KPD	CDU	FDP	NLP	DZP
Niedersachsen	9 287	14 204	347	3 289	879	5 132	414
Bezirk Hannover	5 958	8 072	210	993	218	3 266	32



Ergebnisse der Gemeindewahlen am 15. September 1946 in Niedersachsen

(für den Bereich des Bezirkes Hannover)

Zahl der gewählten bzw. als gewählt erklärten Kandidaten
(direkt und auf der Reserveliste)

Verwaltungsbezirke	Unabh.	KPD	SPD	CDU	FDP	NLP	DZP	insges.
Grfsch. Diepholz	299	—	38	3	7	295	—	642
Grfsch. Hoya	779	2	51	14	11	65	—	922
Grfsch. Schaumburg	385	12	245	26	1	16	—	685
Hameln-Pyrmont	200	17	304	49	14	87	—	671
Hannover-Land	95	17	486	38	2	143	—	781
Neustadt a. Rbg.	184	4	160	16	7	117	—	488
Nienburg	306	1	85	11	4	168	—	575
Springe	87	5	170	8	—	88	—	358
Bückeburg	44	7	199	17	—	—	—	267
Stadthagen	79	8	130	16	9	—	—	242

Reg.-Bez. Hannover 2 458 73 1 868 198 55 979 — 5 631

Alfeld	147	7	401	14	—	73	2	644
Duderstadt	4	—	48	225	—	14	—	291
Einbeck	134	1	107	14	29	40	—	325
Göttingen-Land	131	1	337	46	1	72	—	588
Hildesheim-Marienburg	370	4	282	211	—	51	30	948
Holzminde	172	5	381	6	8	16	—	588
Münden	100	10	129	25	7	27	—	298
Northeim	155	2	432	9	—	87	—	685
Osterode/Harz	31	18	241	53	14	50	—	407
Peine	105	19	277	21	—	113	—	535
Zellerfeld	21	2	85	2	36	2	—	148

Reg.-Bez. Hildesheim 1 370 69 2 720 626 95 545 32 5 457

Burgdorf	162	6	263	16	16	155	—	618
Celle-Land	322	8	218	35	2	179	—	764
Dannenberg	1 025	5	82	23	—	44	—	1 179
Fallingb.ostel	255	3	116	22	—	141	—	537
Gifhorn	633	4	188	16	2	195	—	1 038
Harburg	372	21	173	14	45	463	—	1 088
Lüneburg-Land	394	11	105	—	3	251	—	764
Soltau	232	2	63	13	—	128	—	438
Uelzen	849	8	162	30	—	186	—	1 235

Reg.-Bez. Lüneburg 4 244 68 1 370 169 68 1 742 — 7 661

Zusammenstellung

Hannover	2 458	73	1 868	198	55	979	—	5 631
Hildesheim	1 370	69	2 720	626	95	545	32	5 457
Lüneburg	4 244	68	1 370	169	68	1 742	—	7 661

Gesamt Bezirk Hannover 8 072 210 5 958 993 218 3 266 32 18 749

Gesamt Land Niedersachsen 14 204 347 9 287 3 289 879 5 132 414 33 552

B. Kreistagswahlen: Ebenfalls zeigen die Kreistagswahlen ein gutes Ergebnis für den Bezirk Hannover. Die SPD erreichte bei den Kreistagswahlen von insgesamt 1406 zu wählenden Vertretern 736, gleich 52,4 Prozent.

Ergebnisse der Kreistagswahlen am 13. Oktober 1946 in Niedersachsen (für den Bereich des Bezirkes Hannover)

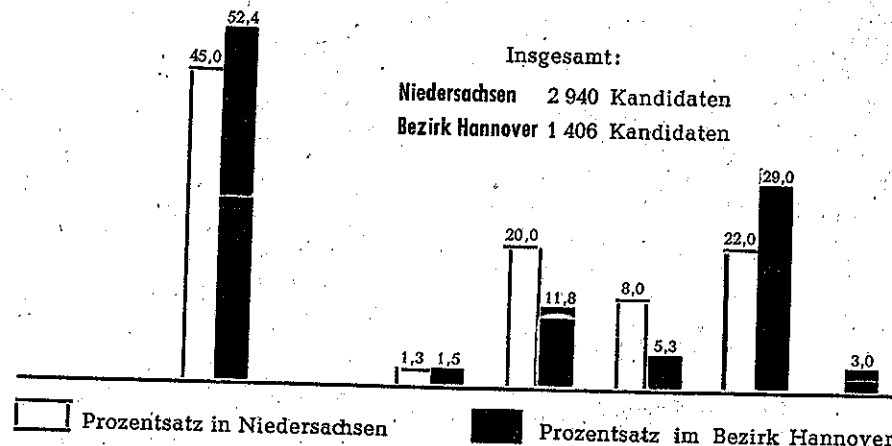
Zahl der gewählten bzw. als gewählt erklärten Kandidaten
(direkt und auf der Reserveliste)

Verwaltungsbezirke	Unabh.	KPD	SPD	CDU	FDP	NLP	DZP	insges.
Hanneln-Stadt	—	—	18	2	1	9	—	30
Hannover-Stadt	—	1	35	3	4	5	—	48
Grfsch. Diepholz	—	—	7	—	1	31	—	39
Grfsch. Hoya	—	—	9	—	—	33	—	42
Grfsch. Schaumburg	—	1	32	5	—	4	—	42
Hanneln-Pyrmont	—	—	32	4	2	4	—	42
Hannover-Land	—	1	39	2	—	3	—	45
Neustadt a. Rbg.	—	1	15	1	—	22	—	39
Nienburg	—	—	15	2	—	25	—	42
Springe	—	1	24	1	—	13	—	39
Bückeburg	—	1	21	14	—	—	—	36
Stadthagen	—	1	27	8	—	—	—	36
Reg.-Bez. Hannover	—	7	274	42	8	149	—	480
Göttingen-Stadt	—	1	20	3	9	—	—	33
Hildesheim-Stadt	—	—	11	18	—	1	—	30
Alfeld	—	1	33	2	—	6	—	42
Duderstadt	—	—	5	29	—	2	—	36
Einbeck	—	—	10	—	26	—	—	36
Göttingen-Land	—	—	34	2	—	3	—	39
Hildesheim-Marienburg	—	—	27	12	—	2	1	42
Holzminde	—	1	34	3	1	3	—	42
Münden	—	1	26	2	3	4	—	36
Northem	—	—	36	1	—	5	—	42
Osterode/Harz	—	1	23	—	—	18	—	42
Peine	—	2	20	9	—	11	—	42
Zellerfeld	—	1	14	—	21	—	—	36
Reg.-Bez. Hildesheim	—	8	293	81	60	55	1	498
Celle-Stadt	—	1	10	8	3	8	—	30
Lüneburg-Stadt	—	1	23	6	1	2	—	33
Burgdorf	—	1	21	4	—	16	—	42
Celle-Land	—	1	17	5	—	19	—	42
Dannenberg	—	—	11	9	—	19	—	39
Fallingb. Stel	—	—	15	1	—	23	—	39
Gifhorn	—	1	25	2	—	14	—	42
Harburg	—	1	11	—	2	28	—	42
Lüneburg-Land	—	1	11	—	—	27	—	39
Soltau	—	—	9	5	—	25	—	39
Uelzen	—	—	16	3	—	23	—	42
Reg.-Bez. Lüneburg	—	7	169	43	6	204	—	429
Zusammenstellung								
Hannover	—	7	274	42	8	149	—	480
Hildesheim	—	8	293	81	60	55	1	498
Lüneburg	—	7	169	43	6	204	—	429
Gesamt Bezirk Hannover	—	22	736	166	74	408	1	1407
Gesamt Land Niedersachsen	8	37	1326	613	237	640	79	2940

Kreistagswahlen* am 13. Oktober 1946

Zahl der gewählten Kandidaten (direkt und auf der Reserveliste)

	SPD	Unabh.	KPD	CDU	FDP	NLP	DZP
Niedersachsen	1326	8	37	613	237	640	79
Bezirk Hannover	736	—	22	166	74	408	—



C. Landtagswahlen: Zur Zeit des Bezirksparteitages war eine Vertreterkörperschaft auf der Landesebene noch nicht vorhanden. Erst Ende August 1946 gaben die Besatzungsmächte uns im Bereich der Landesebene weitere Rechte auf dem Gebiete der Selbstverwaltung. Es wurde zunächst für das Land Hannover eine Vertreterkörperschaft ernannt. Im Zuge der Entwicklung wurde am 1. November 1946 das Land Niedersachsen auf Befehl der Militärregierung gebildet. Der ernannte Landtag hat dann unter anderem das niedersächsische Landeswahlgesetz nebst Wahlordnung beschlossen, auf Grund dessen die Wahl am 20. April 1947 stattfand.

Die Wahl zum Landtag brachte keine sozialdemokratische Mehrheit. Von 149 Abgeordneten erhielt die SPD 65 Sitze. Es ist trotzdem ein sichtbarer Erfolg gegenüber der Zeit vor 1933. In zahlreichen Wahlkreisen, die bis 1933 eine bürgerliche Mehrheit hatten, wurde ein sozialdemokratischer Kandidat gewählt. In 59 Wahlkreisen des Bezirks wurden 30 sozialdemokratische Kandidaten in direkter Wahl gewählt. Auch bei der Landtagswahl zeigte sich, daß der Bezirk Hannover in der Relation zum Gesamtland Niedersachsen prozentual günstiger steht. Es muß noch bemerkt werden, daß infolge Ausscheidens des Landtagsabgeordneten Sängers im Wahlkreis Wietze eine Nachwahl erforderlich wurde. Diese Nachwahl hat, wie in verschiedenen anderen Ländern, gezeigt, daß Nachwahlen in der Bevölkerung nicht das Interesse erwecken, wie es bei anderen Wahlen der Fall ist. Trotz aller von uns geführten starken Wahlagitation war die Wahlbeteiligung sehr gering, und wir verloren diesen Landtagssitz mit etwa 1000 Stimmen gegenüber der DP.

Unsere Landtagsabgeordneten im Bezirk Hannover

Wahlkreis 2	Hannover-Nordstadt	Egon Franke
" 3	Hannover-Buchholz	Louis Böcker
" 4	Hannover-Südost	Hilde Jünemann
" 5	Hannover-Limmer	Richard Leinert
" 6	Hannover-Linden	W. Korpeter
" 7	Hannover-Land	Dr. Seßler
" 8	Barsinghausen	Karl Schrader
" 9	Neustadt a. Rbge.	Rob. Hoffmeister
" 14	Bückeburg-Stadthagen	Friedr. Schirmer
" 15	Schaumburg	H. Fr. Busche
" 16	Hamelu-Stadt	H. Löffler
" 17	Hamelu-Pyrmont	Rosa Helfers
" 18	Springe	Wilh. Böllersen
" 20	Hildesheim-Land	Borowski
" 21	Sarstedt	Rakemann
" 22	Peine	Frida Mätz
" 23	Alfeld	Heinr. Rinne
" 24	Holzwinden	Karl Poth
" 25	Einbeck	Wilh. Messerschmidt
" 26	Northeim	Erich Gerlach
" 27	Münden	Fritz Michalski
" 29	Göttingen-Land	Fahlbusch
" 31	Osterode	Wilh. Armbrrecht
" 32	Zellerfeld	Dr. Diederichs
" 45	Wolfsburg	Werner Runge
" 48	Wietze	Fritz Sänger (entfallen)
" 49	Celle-Stadt	Albert Köhler
" 50	Celle-Land	Pastor Albertz
" 51	Fallingbostel	H. W. Kopf
" 56	Lüneburg-Stadt	Ernst Braune

Auf der Landesliste wurden gewählt:

1. Wilhelm Ellinghaus,
2. Adolf Grimme.

Ergebnisse der Landtagswahl am 20. April 1947 in Niedersachsen

Gült. Stimmen	SPD	CDU	NLP	FDP	KPD	Zentrum	DRP
2 459 479	1 066 370	489 422	440 367	215 815	138 977	101 283	7 245

Niedersachsen

Regierungsbezirk Hannover

551 200	271 705	57 497	134 459	41 081	32 500	10 589	3 369
	47,4%	10,8%	23,3%	7,7%	6,2%	2,0%	0,6%

Regierungsbezirk Hildesheim

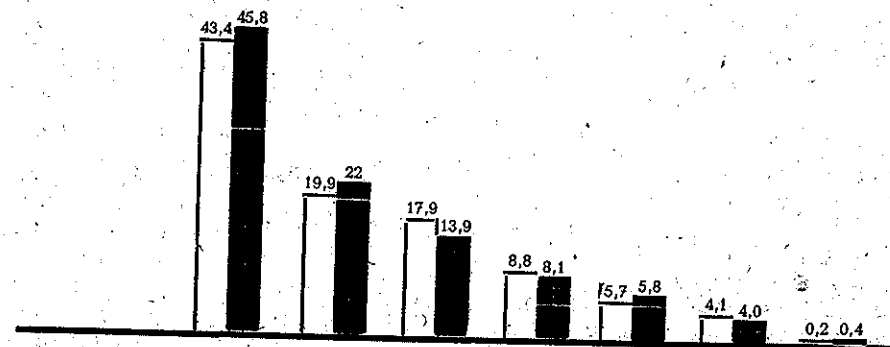
433 279	203 640	108 964	35 793	45 755	25 468	10 508	3 151
	47,0%	25,1%	8,3%	10,6%	5,9%	2,4%	0,7%

Regierungsbezirk Lüneburg

341 954	144 299	48 183	108 937	19 564	18 542	2 429	—
	42,2%	14,1%	31,9%	5,7%	5,4%	0,7%	—

SPD-Bezirk Hannover

1 306 463	599 644	214 644	279 189	106 400	76 510	23 526	6 520
-----------	---------	---------	---------	---------	--------	--------	-------



Prozentsatz in Niedersachsen Prozentsatz im Bezirk Hannover

Zahl der Abgeordnetensitze insgesamt 149

davon	SPD	CDU	NLP	FDP	KPD	Zentr.	DRP	Unabh.
	65	30	27	13	8	6	—	—
Bez. Hann.	33							

Bericht der Landtagsfraktion

Eine richtige Einschätzung und Würdigung der Landtagsarbeit ist nicht möglich, ohne zuvor die Grenzen und Möglichkeiten abzuwägen, die für eine positive parlamentarische Arbeit überhaupt gegeben sind. Diese Grenzen sind verschiedener Art und sollen hier im einzelnen gewürdigt werden, ehe wir in großen Zügen in die Darstellung der materiellen Leistungen der Landtagsfraktion eintreten. Ueber aller Gesetzgebungsarbeit liegt der Schatten der Verordnung 57 der Militärregierung. Hier sind die Zuständigkeiten in einem langen Katalog geregelt, wobei die Länge des im Anhang enthaltenen Registers sich daraus erklärt, daß hier die Gebiete aufgeführt sind, die der Zuständigkeit der Landesgesetzgebung entzogen sind. Darüber hinaus sind mit der Bildung des Bizonalen Wirtschaftsrates die meisten Kompetenzen auf diesem Gebiet auf jenes Frankfurter Gremium übergegangen.

Die entscheidendste Bestimmung aber ist im Artikel III, 5 der Verordnung 57 enthalten und lautet:

„Ein von der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes angenommenes Gesetz tritt nicht eher in Kraft, bis die Zustimmung des Gebietsbeauftragten erfolgt ist.“ Wer sich diesen Passus richtig und deutlich vergegenwärtigt, wird ohne lange Erklärungen verstehen, weshalb wir als Sofortregelung immer wieder ein Besatzungsstatut fordern, das uns statt solcher Generalklausel völliger Abhängigkeit klar abgegrenzte Rechte eigener Gesetzgebungshoheit verbürgt, bis ein definitiver Friedensvertrag möglich ist.

Die weiteren Grenzen aber, die unserer Arbeit gezogen sind, liegen in der Zusammensetzung des Landtages, dessen 149 Abgeordnete so verteilt sind, daß unseren 65 Mandaten 75 Bürgerliche gegenüberstehen, während wir im Rücken noch die 8 Mandate der KP haben. Aus dieser Konstellation ergeben sich demnach weitere Hindernisse für reibungslose Gesetzesarbeit und manche Krisenlage, vor allem die erst kürzlich beigelegte dreimonatige Regierungskrise ist die unausbleibliche Folge dieses labilen Zustandes.

So schwebte vom Tage der Wahl an die ständig erörterte Frage — Koalition oder Opposition. Erstmals wurde sie auf Wunsch der Militärregierung in der Form des Allparteienkabinetts gelöst. Als sich dessen Arbeitsunfähigkeit bei der Behandlung grundsätzlicher Fragen (Bodenreform, Lastenausgleich) erwies, kam es nach langen schweren Verhandlungen zur Bildung eines Kabinetts der Mitte aus SPD — CDU — DZP und zu einer echten Opposition, die allerdings aus DP, KP und FDP bestehend, keinen homogenen und somit aktionsfähigen Faktor darstellt. Immerhin ist sie nun ein belebendes Element, und wenn sie erst die z. Zt. allerdings noch recht lästigen Flegeljahre überwunden haben wird, kann man vielleicht ganz fruchtbare Arbeit mit ihr oder gegen sie leisten. Man darf jedenfalls hoffen, daß eine erzieherische Wirkung aus diesem parlamentarischen Wechselspielen hervorgeht, ein Prüfstein für die Reife zur Selbstherrschaft schlechthin. — Eines aber muß bei allen noch so unbefriedigenden Ergebnissen festgehalten werden: Als Partei mit mehr als doppelt soviel Mandaten wie irgendeine der übrigen Fraktionen ist für uns die Uebernahme von Mitverantwortlichkeit geradezu verbindlich und reine Opposition nur unter ganz außergewöhnlichen Umständen vertretbar.

So ergab sich die Konstellation der derzeitigen Niedersächsischen Regierung mehr oder weniger zwangsläufig und die verlockenden Töne, sich zurückzuziehen, wurden pflichtbewußt zurückgedrängt. Daß mit dieser Mitarbeit keine billigen Lorbeeren zu ernten waren, ist uns klar gewesen und dürfte sich auch aus den oben dargelegten Gründen unschwer begreifen lassen.

Versuchen wir nun mit wenigen Strichen und in großer Linie den Weg nachzuzeichnen, den die Fraktion in den verschiedenen Sachgebieten verfolgt hat.

Schon die erste Tagung des neugewählten Landtages sah die SPD-Fraktion in Front beim Aufgreifen zweier zentraler Probleme, die auch heute noch im Brennpunkt des Interesses vor allem der sozial schwachen Kreise der Bevölkerung stehen — Ernährungsfrage und Vertriebenenproblem. Zu beiden wurden weg-

weisende Entschlüsse dem Hause vorgelegt und angenommen. Auf ihnen aufbauend wurden dann wesentliche Beschlüsse herbeigeführt, die leider allzuoft Verzögerungen oder Ablehnung durch die Militärregierung fanden.

Auf dem Gebiete der Ernährung sind vor allem als Marksteine unserer Fraktionsarbeit zu werten:

1. Die Auflösung des Reichsnährstandes (später von Frankfurt ebenfalls beschlossen).
2. Die Neugestaltung der Ernährungsverwaltung (Auftragsangelegenheit der Kreise).
3. Die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses (Milch-, Fett- und Eierwirtschaft).
4. Bodenreform- und Siedlungsgesetz mit dem Höhepunkt der Regierungskrise und Ausschaltung der Reaktionäre.

In dem umfassenden Sektor „Flüchtlingsfragen“, der auch von der ersten Tagung an konsequent bearbeitet und gesetzgeberisch behandelt wurde, seien kurz folgende Daten genannt:

Die Forderungen der von der SPD eingebrachten Entschließung sind auch heute noch durchaus akut:

Umsetzung und gerechte Verteilung,
Freigabe geeigneter Gebäude,
Einfügung in die Wirtschaft.

Darüber hinaus wurde immer wieder Freigabe der Ersparnisse auf Ostkonten verlangt, leider eine Angelegenheit, die zufolge der Ost-West-Trennung nicht sehr aussichtsreich erscheint, wodurch die Flüchtlingsproblematik neue Erschwernisse erleidet. Unter ganz wesentlichem Einfluß der SPD-Fraktion wurde das Flüchtlingsbedarfsgesetz verabschiedet, das aber leider durch unverständliche Verzögerungen bei der Militärregierung um mehr als ½ Jahr in seiner Auswirkung behindert wurde. Hier war ein erster Prüfstein für die Opferbereitschaft der Einheimischen. Das Ergebnis war niederschmetternd, denn die wirklich soziale Bereitschaft hat unter Not und Krieg, Zwang und Widerstand erheblich gelitten. Es fehlt überall an wahren Christen, echten Sozialisten, wirklichen Demokraten.

Die Schaffung des Flüchtlingsministeriums, gegen dessen Träger im Lager der Besitz-Reaktion, die zu keinem wirklichen Opfer für die Vertriebenen bereit ist, übelste Hetze betrieben wird, ist lebhafter Ausdruck für unsere Einstellung: „Die Sache der Vertriebenen ist unsere Sache!“ (Schumacher)

Große Sorge und laufende Bemühungen verursachte das so schwere Problem der Demontagen. Gerade hier machte es sich besonders bitter bemerkbar, daß den Landesregierungen und Parlamenten jede Zuständigkeit fehlte. Nur hartnäckigste dauernde Vorstellungen, Argumentationen und Verhandlungen vermochten kleine Erleichterungen zu schaffen.

Breiten Raum im Rahmen der Landtagsarbeit nimmt die Kommunalpolitik auf höherer Ebene ein. Sind doch die Länderparlamente hier die gesetzgeberischen Former der Grundlagen einer gesunden und kräftigen Selbstverwaltung.

Die ständige Ausweitung der Selbstverwaltung, ihre Verselbständigung und möglichst aufsichtsfreie Zuständigkeit ist das laufende Ziel. Gemeinde-Wahlrecht, Gemeinde- und Kreisordnung, Verwaltungsreform, Polizeirecht sind in intensivster Beratung und Vorbereitung. Eine von Verantwortungsbewußtsein und Selbststudium getragene eifrige Mitarbeit in den Gemeinde- und Kreistagen ist aber Voraussetzung für das Gelingen dieser Arbeit im Sinne echter Mitwirkung zugunsten der sozial Schwachen! Was nach der Währungsreform auf allen Ebenen der Finanzgestaltung auf eine vornehmlich an unseren sozialen Zielen ausgerichtete Haushaltsgestaltung ankommt, wird uns schon die allernächste Zukunft zeigen. Daß auf dem Gebiete der Gestaltung der Arbeitsbedingungen die SPD im Gleichklang mit den Gewerkschaften jede Verbesserung anstrebt, versteht sich von

selbst. Bezahlter Urlaub, weitgehende Betriebsratsrechte, gesunde Relation zwischen Lohn- und Preisstopp, Verbesserung der Rechte Schwerbeschädigter sowie Einrichtung von Versehrten-Werkstätten gehörten ebenso zu den in vielen Anträgen manifestierten Forderungen, wie Schlechtwetterregelung für Bauarbeiter und Hebung der Kaufkraft der Arbeitenden nach der Währungsreform und Schomung der Kleinsparer. — Im derzeitigen Augenblick stehen die Hilfsmaßnahmen für die Opfer des Faschismus trotz der Finanzkrise im Vordergrund unserer Bemühungen, zumal die Verarmung durch Krieg und Währungsschnitt die Hilfe jetzt doppelt dringlich macht. Der ständige Appell an das soziale Gewissen und der Kampf um wirkliche Zuständigkeiten stehen an der Spitze unserer Arbeit. Was in diesen wenigen Zeilen zu geben war, ist nur ein bescheidener Ausschnitt aus der Tätigkeit unserer Abgeordneten. Stützt sie mit sinnvoller Kritik und durch aufbauende Hilfe in allen Instanzen bis zum letzten Dorf durch Mitarbeit und Vorbild! Dann folgt uns die Jugend! Keine politische Richtung stellt so hohe Anforderungen an Idealismus und Gemeinschaftssinn wie der freiheitlich demokratische Sozialismus. Sich zu ihm bekennen, heißt vor allem, an andere denken.

Die Kultur- und Bildungsarbeit im Bezirk

Auf dem ersten Bezirksparteitag nach 1945 in Barsinghausen konnte schon im Tätigkeitsbericht darauf hingewiesen werden, daß mit dem Neubau der Partei die Bildungsarbeit Hand in Hand ginge. Der Bezirk stellte daher frühzeitig zwei Genossen (W. Hofmann und J. Matuschewski) für die Bildungsarbeit im Bezirk ein. Sie haben in der Berichtszeit folgende Kurse in den verschiedenen Kreisen abgehalten: 40 Schulungskurse je drei bis vier Abende über politische Themen; etwa 60 Wochenendkurse kulturpolitischer Art; 215 1—3-Tage-Kurse zur Schulung der Funktionäre und Mitglieder. Ebenso ist die Gesamtzahl der von den Unterbezirken und Kreisvereinen mit eigenen Kräften durchgeführten Kurse recht erheblich. Im September 1947 konnte die Bildungsarbeit auf breitere selbständige Bezirksbasis in einer Bezirksbildungskonferenz in Barsinghausen gestellt werden. Durch Vertreter der Kultur- und Bildungsarbeit in den Unterbezirken wurde der Kultur- und Bildungsausschuß erweitert, so daß auch die Kreise und Ortsvereine besser mit den kulturpolitischen Problemen der Partei verbunden wurden.

Besondere Bedeutung erhielt die Bildungsarbeit durch die Rückverbundung und Neueinrichtung des Viktor-Adler-Heims in Springe. Das Heim konnte am 5. Januar 1948 in Betrieb genommen werden. Bei voller Belegung können 50 Genossinnen und Genossen dort untergebracht und geschult werden. Die Kosten für die Erwerbung und für den weiteren Unterhalt des Heims sind beträchtlich. Es wurde versucht, die Unkosten durch die Herausgabe von Spendenscheinen zu decken. Die Währungsreform hat diese Aktion wieder zerschlagen und den an sich kleinen Ueberschuß zu einem bedeutungslosen Betrag zusammenschrumpfen lassen. Ueber die weitere Finanzierung des Heims wird der Bezirk in Kürze neue Vorschläge ausarbeiten und vorlegen.

Der Bezirk Hannover ist der einzige Parteibeizirk, der über ein Schulungsheim in dieser Größe und mit der guten Einrichtung verfügt. Es sollte ein Ansporn für alle Funktionäre und Mitglieder sein, mit beizutragen, daß es nicht nur als Schulungsheim für den Bezirk erhalten bleibt, sondern darüber hinaus der Mittelpunkt in der Kultur- und Bildungsarbeit des Bezirks wird.

Mit der vorläufigen Schulungsleitung wurde der Genosse Matuschewski beauftragt. Im Viktor-Adler-Heim wurden folgende Kurse durchgeführt:

- 7 kommunalpolitische Kurse von je einer Woche
- 3 Kurse für Jungsozialisten von je einer Woche
- 1 Kursus für Betriebsgruppenfunktionäre
- 2 Kurse für Frauen von je einer Woche
- 3 Kurse für Ortsvereins-Vorsitzende
- 1 Wochenkursus für die Karl-Marx-Schule Hannover
- 1 Wochenkursus für agrarpolitische Referenten
- 2 Kurse für Jungsozialisten von je drei Wochen.

Diese Kurse wurden insgesamt von etwa 700 Genossinnen und Genossen besucht. Es wäre erwünscht, daß bei der Auslese mehr Genossinnen berücksichtigt werden. Als Lehrer stellte sich eine große Anzahl von Genossinnen und Genossen aus allen Fachgebieten in fast täglichem Wechsel zur Verfügung. Außer diesen Kursen im Viktor-Adler-Heim wurden im August 1947 zweimal ein Wochenkursus für Kreissekretäre im Waldheim Sorsum bei Hildesheim durchgeführt.

Die Kurssteilnehmer im Viktor-Adler-Heim werden kartemäßig erfaßt. Hierdurch soll die planmäßige Entwicklung der sozialistischen Bildungsarbeit unserer Funktionäre gefördert werden. Die Fragen der richtigen Schülerauslese und Weiterentwicklung der Kurssteilnehmer bilden einen Gegenstand ernster Ueberlegungen für den Bezirk. Durch langfristige Vorbereitung soll immer mehr versucht werden, die Schülerauslese besser zu gestalten, um neue Kräfte für die Parteiarbeit zu gewinnen.

Durch die Kurse im Viktor-Adler-Heim sollen die Kurse in der Unterbezirks-, Kreis- und Ortsvereinebene nicht vernachlässigt werden. Diese Kurse sollen im Gegenteil eine besondere Befruchtung durch die Schulung im Viktor-Adler-Heim erfahren. Vom Bezirk aus wurden hierfür Erfahrungen mitgeteilt, Referenten vermittelt, zahlreiche Kursusprogramme ausgearbeitet und auch die Lehrpläne der Bezirkskurse übermittelt.

Die Frage der Einrichtung von Büchereien bei den Ortsvereinen wird vom Bezirk Hannover sehr gefördert. Die Volksbuchhandlung in Hannover, Georgstraße 33, ist bereit, soweit es ihr möglich ist, alle Wünsche auszuführen.

Betrifft politische Kabaretts: Im Bezirk Hannover bestehen drei politische Kabaretts, und zwar die „Roten Wespen“ in Göttingen, die „Rote Fackel“ in Hannover und die „Roten Hornissen“ in Laatzen. Dazu kommen noch einige kleinere Spielgruppen. Um diese Gruppen mit der Kulturpolitik der Partei in Einklang zu bringen, ihnen Rat und Hilfe zu geben, wurde von einer Arbeits-tagung im Viktor-Adler-Heim ein Kuratorium dieser Spielgruppen gebildet. Die Bedeutung dieser Spielgruppen für unsere Fei ergestaltung kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Betrifft Unterhaltungsabende: Von den Ortsvereinen sind Abendveranstaltungen rein unterhaltenden Charakters, vielfach mit anschließendem Tanz, durchgeführt worden. Einige Ortsvereine haben hierbei oft etwas zuviel getan. Manchmal ließ auch das Niveau dieser Unterhaltungsabende zu wünschen übrig. Daraus zogen einige Genossen den falschen Schluß, diese Unterhaltungsabende zu unterbinden. Diese Unterhaltungsabende können und sollen gemeinschaftsfördernd sein. Sie werden vom Bezirk durchaus unterstützt. Es dürfen nur nicht die tatsächlichen Kulturveranstaltungen zu kurz kommen.

Für die Fei ergestaltung wurden allen Ortsvereinen und Rednern anlässlich der Revolutionsgedenkfeier 1848/1948 und für die Maifeier Programmvorschlüge übersandt. Für Versammlungsleiter und Referenten wurde im Februar 1947 vom Bezirk ein Leitfadens- und Material herausgegeben, ebenso Referentenmaterial über die Bodenreform in Niedersachsen und ein organisatorischer Leitfaden für alle Ortsvereine. An weiteren Schriften, die vom Bezirk herausgegeben werden, ist die „Freie Arbeit“ zu nennen, die monatlich in 40 000 Exemplaren an die SPD-Betriebsgruppenfunktionäre herausgeht. Das Mitteilungs- und Funktionärblatt im Bezirk Hannover ist die SPD-Wochenschrift für Sozialismus und Demokratie. Die kulturpolitischen Tagungen des Parteivorstandes wurden in jedem Falle vom Bezirk Hannover mit mehreren Genossinnen oder Genossen beschickt. Folgende Tagungen haben bisher stattgefunden: Ziegenhain, Erlangen, Schüttersmühle und Lubeck.

Die Zusammenarbeit mit der Volkshochschule war gut. In Hildesheim, Hannover und in anderen Orten wurden durch Vermittlung der Volkshochschule Gespräche am runden Tisch erfolgreich mit unseren Genossen durchgeführt. An Tagungen und Lehrgängen der Volkshochschule nahmen unsere Genossen regen Anteil. Zu den meist mehrwöchigen Kursen im Volkshochschulheim Gohrde wurden vom Bezirk laufend junge Genossen vermittelt, da der Bezirk Hannover der Frage der Erwachsenenbildung großes Interesse entgegenbringt.

Frauenarbeit im Bezirk

Es ist erfreulich, daß die Organisation der Frauen in der Berichtszeit weiter gute Fortschritte gemacht hat. Die Zahl der politisch organisierten Frauen im Bezirk Hannover ist gestiegen von 5447 am 30. Juni 1946 auf 15 117 am 31. März 1948. Der Anteil der Frauen ist damit von etwa 12 Prozent auf 17,5 Prozent angewachsen. Ein beachtlicher Erfolg — aber der Reichsdurchschnitt ist damit noch nicht erreicht. Dieses ist zum großen Teil auf den ländlichen Charakter unseres Bezirkes zurückzuführen; denn es ist bekannt, daß es auf den Dörfern viel schwieriger ist, die Frauen für die politische Arbeit heranzuziehen als in der Stadt und in der Industrie. Bedauerlich dabei ist, daß auch heute noch ein Teil unserer Genossen der Ansicht ist, die Frau brauche sich nicht politisch betätigen.

Wir wissen, daß durch den Frauenüberschuß die Frauen bei den Wahlen den politischen Ausschlag geben. Diese Erkenntnis zwingt uns dazu, die gesamte Frauenarbeit noch weiter zu aktivieren. Der Bezirksvorstand hat zur Organisation und Belebung der Frauenarbeit des Bezirkes im September 1947 das Bezirksfrauensekretariat eingerichtet.

Von der Frauensekretärin wurde sofort eine Bezirksfrauenkonferenz der Funktionärinnen nach Hannover einberufen, in der nach einem grundsätzlichen Referat über die besonderen Ziele und Aufgaben der organisatorischen Rahmen der Frauenarbeit festgelegt wurde. Soweit noch nicht vorhanden, sollten die Unterbezirke und Kreise Frauenausschüsse sofort bilden und dem Frauensekretariat schnellstens namentlich melden. Dieser organisatorische Aufbau ist nach einigen Umdispositionen nun zum Abschluß gekommen.

Der engere Bezirksfrauenausschuß setzt sich aus den aktivsten Genossinnen, die in oder in der Nähe Hannovers wohnen, zusammen. Dieser Ausschuß wird erweitert durch die Vorsitzenden der Unterbezirksausschüsse, gegebenenfalls durch die Leiterinnen der Kreisfrauenausschüsse.

In mehreren Bezirksfrauenkonferenzen ist die erste notwendige Fühlungnahme hergestellt und der Ausbau der Frauenarbeit durch den Bezirk in den Unterbezirken und Kreisen vorangetrieben worden.

Eine planmäßige Frauenarbeit finden wir nur in einigen Unterbezirken. In den anderen steht diese Arbeit noch ganz im Anfang bzw. ist noch gar nicht vorhanden, erfährt noch nicht die ihr zukommende Beachtung bei den verantwortlichen Genossinnen, weil vielen noch nicht klar ist, daß Frauenfragen Männer- oder besser Menschheitsfragen geworden sind.

Überall zeigt sich ein Mangel an führenden Genossinnen. Zur Aktivierung der Genossinnen wurden zwei spezielle Frauenkurse im Viktor-Adler-Heim in Springe mit gutem Erfolg durchgeführt. Außerdem waren — wenn auch nur in geringem Umfang — Genossinnen an den laufenden Kursen beteiligt. Der nächste Frauenschulungskurs ist für Ende August 1948 im Viktor-Adler-Heim geplant. Um erfolgreich unter den Frauen zu wirken, muß nun nach dem ersten Aufbau die Arbeit vom Unterbezirk in die Kreise und Ortsvereine hineingetragen und ausgebaut werden. Auch muß der größte Wert darauf gelegt werden, daß die Frauen in die Vertretungskörperschaften der Kreise und Gemeinden mit hineingewählt werden, denn wenn die Frau selbständige politische Aufgaben erfüllen muß, zeigt es sich immer wieder, daß sie in der Lage ist, diese Aufgaben zu bewältigen.

Das erste Jahr nach Einrichtung des Bezirksfrauensekretariats, mit den heute vielfach zeitraubenden Anfangsschwierigkeiten, muß weitgehend als Vorbereitung für die Aufgaben und Erfolge der Zukunft betrachtet werden. In manchen Unterbezirken genügt eine einzige Zusammenkunft, ein erster Anstoß, Genossinnen zur aktiven Mitarbeit zu ermutigen, weil sie schnell den Eindruck gewannen, trotz ihrer Vereinzelung in kleinen Orten doch mit einem aufwärtstrebenden großen Ganzen verbunden zu sein.

Das Niveau aller Frauenkonferenzen im Bezirk wie in den Unterbezirken und Kreisen war ausnahmslos erfreulich. Einige Unterbezirke und Kreise haben

jedoch noch nicht einmal einen Anfang gemacht. Bei anderen braucht es zum sichtbaren Erfolg noch intensiver Nacharbeit. Es kommt darauf an, überall fähige Frauen und Genossinnen zu finden, zu sammeln und heranzubilden, die unsere Parteiarbeit im kleinen sowie in den Parlamenten vorbildlich durchzuführen imstande sind, so daß durch starke Persönlichkeiten stets ein wichtiges Werbemoment vorhanden ist und zahlenmäßig das bestehende Mißverhältnis zwischen Männern und Frauen innerhalb der SPD mehr und mehr beseitigt wird.

Anzahl der Frauen in den Unterbezirken

Unterbezirke	Mitglieder am 31.12. 1946	davon Frauen	Prozent der Ges.-Mitgl.	Mitglieder am 31.3. 1948	davon Frauen	Prozent der Ges.-Mitgl.
Ortsverein Hannover	13 291	3484	25,7	16 722	5114	30,8
Hannover-Land	13 184	1363	10,4	19 294	2569	13,3
Hildesheim	9 805	840	8,6	13 068	1622	12,5
Göttingen	10 959	1288	11,5	15 690	2379	15,1
Celle	6 977	858	12,1	9 339	1409	15
Nienburg	3 036	283	7,4	5 267	797	15,1
Lüneburg	3 880	620	16	5 459	1040	19,3
Schaumburg	2 028	165	8,2	2 587	187	7,3
Gesamt Bezirk	63 160	8901	14 %	87 426	15 117	17,5%

Jungsozialisten

Die Gruppen der Jungsozialisten haben in den Kreisen, Städten und Gemeinden des Bezirkes eine sehr unterschiedliche Ausgestaltung ihrer Arbeit und damit auch sehr verschiedene Erfolge. In den größeren Orten beschäftigt man sich schon mehr mit der Materie des Sozialismus, während in den kleineren Orten man mehr Wert auf Geselligkeit und Unterhaltung bei der Ausgestaltung der Abende legt. Gute Erfolge sind zu verzeichnen mit einer Vortragsreihe: „Was ist Sozialismus?“ Desgleichen war starkes Interesse vorhanden bei Gesprächen am runden Tisch mit Vertretern aller Parteien über die Themen: „Kriegsdienstverweigerung und Kriegsgefangenenfürsorge“. Eine besonders wertvolle Beobachtung konnte hinsichtlich des sehr regen Interesses der Jungsozialisten für unsere kommunalpolitischen Vorträge gemacht werden. So sind unsere kommunalpolitischen Schulungen sehr stark von den jüngeren Genossen besucht, und diese haben mit besonderem Interesse Anteil an dem dort Gebotenen genommen. Die wiederholten Hinweise und Aufforderungen des Bezirkes, junge Genossen zu diesen Lehrgängen und Vorträgen zu schicken, fand einen starken Widerhall durch Beteiligung und reges Interesse an der kommunalpolitischen Schulung.

Besondere Sorge macht uns die Feststellung, daß es sehr schwer ist, sogenannte gemischte Gruppen aufzustellen. Vielfach konnte beobachtet werden, daß entweder Jungsozialisten unter 25 Jahren oder aber solche von über 30 Jahren vorherrschend in den einzelnen Gruppen vertreten sind. Hier den Kontakt zwischen den älteren und jüngeren Jahrgängen herzustellen, müßte eine der vornehmsten Aufgaben innerhalb der einzelnen Gruppen sein.

Die im Bezirk tätigen politisch satirischen Kabarets, die vornehmlich von den Jungsozialisten getragen werden, erfreuen sich einer allgemeinen Beliebtheit. Es hat sich nur als notwendig erwiesen, die einzelnen Gruppen hinsichtlich ihrer Darbietungen zu überprüfen und sie auf ein der Werbearbeit der Partei dienliches Niveau zu bringen.

Die Jungsozialistenarbeit innerhalb des Bezirks ist noch sehr unterschiedlich. Dieses liegt nicht daran, daß nicht genug jüngere Genossen bei uns organisiert sind, sondern einfach daran, daß in den einzelnen Orten und Kreisen die geistigen Träger der Jungsozialistenarbeit nicht gefunden und an die Arbeit herangeführt werden konnten.

Überall dort, wo durch die Initiative einzelner Genossen Jungsozialistengruppen aufgezogen wurden, erfuhren sie auch bald eine Erweiterung und kamen verhältnismäßig sehr schnell zu einem guten Stand ihrer Arbeit. Leider ist in einzelnen Unterbezirken und Kreisen der Wert und die Bedeutung der Jungsozialistenarbeit noch nicht erkannt und entsprechend gefördert.

Der im Rahmen des Bezirks gebildete Bezirksausschuß, der im Verhältnis zur Bedeutung der Jungsozialistenarbeit bislang nur sehr wenig in Aktion trat, wurde in den letzten Monaten neu fundiert, um eine aktivere Arbeit der Jungsozialisten im Bezirk zu gewährleisten.

In mehreren Ausschusssitzungen im Berichtsjahr 1947 und zwei im ersten Halbjahr 1948 wurden die Versuche gemacht, die Jungsozialistenarbeit innerhalb des Bezirks aufeinander abzustimmen und die Arbeit selbst zu befruchten.

An weiteren Veranstaltungen sind aufzuzeigen von den einzelnen Kreisen veranstaltete Wochenend- und Referentenschulungen, weiter die vom Bezirk durchgeführten Schulungswochen im Viktor-Adler-Heim in Springe. Vom Bezirk selbst ist die Bereitwilligkeit vorhanden, das Viktor-Adler-Heim mehr denn je den Jungsozialisten für eine intensive Schulungsarbeit zur Verfügung zu stellen. Im Unterbezirk Hannover-Stadt laufen in der dort gegründeten Karl-Marx-Schule halbjährige Lehrgänge über Wirtschaft, Verwaltung und Jugendberziehung. Es handelt sich hierbei um Abendkurse, welche dreimal wöchentlich über je zwei Stunden laufen. Diese Kurse sind vornehmlich von Jungsozialisten besucht.

In der Heimvolkshochschule Gohrde nahmen in der Zeit vom 29. September bis 11. Dezember 1947 sechs Jungsozialisten des Bezirks an den Lehrgängen teil. An der diesjährigen Reichskonferenz nahm der Bezirk mit zehn Delegierten und sieben Gastdelegierten teil.

Außerdem waren die Jungsozialisten des Bezirks vertreten auf einem Lehrgang in der August-Bebel-Schule in Berlin und auf der zentralen Arbeitstagung der Jungsozialisten in Köln.

Dem Wunsch großer Kreise der Jungsozialisten auf Herausgabe eines eigenen Mitteilungsblattes konnte vom Bezirk dahingehend entsprochen werden, daß in unserer Wochenschrift für Sozialismus und Demokratie den Jungsozialisten ein besonderer Platz eingeräumt wurde, um dadurch auch in Kreise und Orte vorzustoßen, in denen die Jungsozialisten noch nicht Fuß fassen konnten.

Betriebsgruppenarbeit

Die politische Arbeit in den Betrieben muß weitgehend gefördert werden. Das politische Gewicht der Partei muß in den Betrieben systematisch durch uns verankert werden. Die Demokratisierung der Wirtschaft ist notwendig, wenn ein demokratischer Staat Bestand haben soll. Diese Erkenntnis zwingt uns, die Arbeit der Partei in Zukunft noch stärker auf die Betriebe zu verlagern, besonders, da wir erkennen müssen, daß die KP die politische Resonanz, die sie als Partei nicht hat, diese über die Gewerkschaften und Betriebe zu erreichen versucht.

Es muß allerdings dazu festgestellt werden, daß die Arbeit der Betriebsgruppe keine gewerkschaftliche, sondern eine rein politische sein muß.

Die Betriebsgruppen sind in fast allen Städten und größeren Gemeinden des Bezirks in ihren Anfängen gebildet worden. In Großbetrieben konnten schon erhebliche Erfolge durch unsere Betriebsgruppenarbeit erreicht werden. Für die Zukunft kommt es darauf an, diese Arbeit noch weiter auszubauen, stärker organisatorisch zu erfassen, sowie neue Gruppen zu errichten. Nach den bisher

vorliegenden Berichten sind die Betriebsräte der Großbetriebe im Bezirk Hannover zu etwa 70 Prozent Sozialdemokraten. In kleineren Betrieben ist die Zusammensetzung ungünstiger. Es fehlen in diesen Betrieben zum Teil die Funktionäre, die unsere politischen Aufgaben übernehmen können.

Hier gilt es zu aktivieren und die Parteilosen für uns zu gewinnen.

Der Bezirk versucht durch das monatliche Betriebsgruppenblatt „Freie Arbeit“, das in einer Auflage von 40 000 Stück erscheint, Anregungen und Hinweise für die Arbeit zu geben. Es fehlt trotz aller Aufforderung ein Mitarbeiterstab, der direkt aus den Betrieben Berichte und Erfahrungen einsendet.

In den großen Städten des Bezirks wurden Schulungskurse durchgeführt, um den Betriebsfunktionären Rüstzeug für den Kampf zu geben. Außerdem wurde vom Bezirk im Viktor-Adler-Heim ein achttägiger Kursus für Betriebsfunktionäre mit gutem Erfolg durchgeführt.

In Rundschreiben wurden an die Unterbezirke weitere Anregungen und Hinweise für diese Arbeit gegeben. Zu den Betriebsrätewahlen wurde parteipolitisches Agitationsmaterial herausgegeben.

Zur ordentlichen Organisationsdurcharbeitung ist es aber für die Zukunft notwendig, daß, nachdem die büromäßigen Voraussetzungen geschaffen sind, baldigst der seit längerer Zeit vom Bezirksvorstand gesuchte fähige Betriebssekretär diese Arbeit übernimmt und sie so vorantreibt, wie es für unsere politische Arbeit notwendig ist.

Agrarpolitische Arbeit

Im Laufe des letzten Jahres wurden alle 1—2 Monate Sitzungen des Agrarpolitischen Bezirksausschusses abgehalten. Der Agrarpolitische Ausschuß arbeitete bei der neuen Gesetzgebung auf dem Gebiete der Ernährungsverwaltung in enger Fühlungnahme mit unserer Landtagsfraktion. Auf Antrag des Agrarpolitischen Ausschusses gelang es, zusammen mit der Fraktion des Landtages, den Kabinettsbeschuß vom 6. August 1947 herauszubringen, wonach der Reichsnährstand aufgelöst wurde und die Ernährungsverwaltung auf das Land Niedersachsen überging. Hierdurch wurde einmal die alte Vormachtstellung des Reichsnährstandes gebrochen und zum andern wurde Zeit gewonnen, ein demokratisches Ernährungsverwaltungsgesetz vorzubereiten.

Durch die Schaffung der Ernährungsbeiräte in den Kreisen und in den Gemeinden wurde bereits eine demokratische Einrichtung hergestellt, weil Erzeuger und Verbraucher zu gleichen Teilen vertreten sind.

Weiter wurde mit der Fraktion des Landtages der Gesetzentwurf über die staatliche Ernährungsverwaltung ausgearbeitet, der nach harten Kämpfen im Landtag angenommen wurde. Hierdurch war Niedersachsen das erste Land, welches eine demokratische Ernährungsverwaltung aufbaute, bei der die Selbstverwaltungsorgane der Kreise und Gemeinden eingebaut wurden.

Nach Verabschiedung des Ernährungsverwaltungsgesetzes im Landtag begann der Kampf um die Bodenreform. Der Agrarpolitische Ausschuß des Bezirks verfaßte in Zusammenarbeit mit unserer Landtagsfraktion das Gesetz über die Bodenreform für Niedersachsen. Der Gesetzentwurf lehnte sich eng an den Entwurf des Bodenreformgesetzes des Parteivorstandes an. Dieser Gesetzentwurf über die Bodenreform wurde im Landtag aber nicht zur Debatte gestellt. Es kam zu scharfen Auseinandersetzungen, da wir daran festhielten, daß aller landwirtschaftlicher Besitz über 100 ha der Bodenreform zu unterziehen sei und daß die Restgüter nicht bleiben dürften.

Während seiner Sitzungen beschäftigte sich der Agrarpolitische Ausschuß mit der Frage der freien bauerlichen berufsständischen Organisation, mit den Fragen der Ablieferung landwirtschaftlicher Produkte und der Viehumlagen sowie der Preisgestaltung für Milch, Kartoffeln und allen anderen Erzeugnissen der bauerlichen Betriebe. Ebenso wurde die Frage, ob eine Landwirtschaftskammer wieder entstehen und wie sie aussehen soll, lebhaft besprochen.

Es wurde ferner ein Antrag über die Verlängerung des sozialen Pachtschutzes unserer Landtagsfraktion eingereicht. Zur Aufklärung wurden Richtlinien über die Besetzung der Ernährungsbeiräte in den Kreisen und Gemeinden auf Grund des Kabinettsbeschlusses vom 6. August 1947 über die Ernährungsverwaltung an die Unterbezirke, Kreise und Ortsvereine herausgegeben, außerdem ein Rundschreiben über das Ernährungsverwaltungsgesetz im April 1948, als es Gesetzeskraft erhalten hatte.

Gerade weil der Bezirk Hannover ein großes ländliches Gebiet umfaßt, hat der Agrarpolitische Ausschuß des Bezirks versucht, in allen Unterbezirken, Kreisen und Gemeinden gleichfalls agrarpolitische Ausschüsse zu bilden, damit die Aufklärung über die bäuerlichen und landwirtschaftlichen Probleme eine weite Ausstrahlung erhalten und auch die Ausschüsse Gelegenheit haben, daß die Anregungen ihren Niederschlag bei der Gesetzgebung im Landtag finden.

Kommunalpolitik und Flüchtlingsarbeit

Der Bezirksvorstand hat von jeher die große Bedeutung unserer Kommunalpolitik und der gesamten Flüchtlingsprobleme erkannt. Nach Beseitigung gewisser sachlicher und personeller Schwierigkeiten konnte endlich wieder am 1. Juni 1948 das kommunalpolitische und das Flüchtlingssekretariat durch den Genossen F. Polenz besetzt werden. Durch die Zusammenfassung beider Sekretariate in einer Hand soll erreicht werden, daß die Arbeitsgebiete sich nicht überschneiden und ein Maximum an praktischen Erfolgen erzielt wird.

Das kommunalpolitische Sekretariat wird sich bei der Vorbereitung kommender Gesetze, wie Gemeindeordnung, Niedersächsisches Kreiswahlgesetz, Gemeindewahlgesetz und ihrer Durchführungsverordnungen usw. mit einschalten. Eine Rechtsauskunftsstelle für kommunalpolitische Fragen, eine umfassende Personalkartei und eine Zentralstelle für Stellenvermittlung für alle kommunalen Behörden unseres Bezirkes sind eingerichtet worden.

In der kommunalpolitischen Schulungsarbeit im Bezirk, in den Unterbezirken, Kreisen und Ortsvereinen ist schon in der Berichtszeit erhebliches geleistet worden. Sie muß aber noch viel energischer vorangetrieben werden, um unser Ziel, eine sozialistische Kommunalpolitik, zu erreichen.

Das sind nur einige der wichtigen Aufgaben im Rahmen der Arbeitsplanung.

Das Flüchtlingsproblem drängt sich immer klarer in den Vordergrund der Parteiarbeit. Geeignetes „Referentenmaterial zur Flüchtlingsfrage“ ist durch den Bezirksvorstand an die Kreisvereine herausgegeben worden.

In den Kreisen und den Gemeinden muß das Zusammenleben zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Flüchtlingen wesentlich besser werden. Unsere Partei hat überall besorgt zu sein, daß den berechtigten Wünschen der Flüchtlinge Rechnung getragen wird. In den parlamentarischen Körperschaften der Kreise, Städte und Landgemeinden haben bei den kommenden Neuwahlen die parteigenössischen Flüchtlinge eine angemessene Vertretung zu finden.

Der kommende Lastenausgleich bewegt alle Gemüter. Es ist bekannt, daß sich die Sozialdemokratie für einen fühlbaren und gerechten Ausgleich der Lasten des verlorenen Krieges einsetzt.

Interessenorganisationen der Flüchtlinge aller Art schießen wie Pilze aus dem Boden. Unsere parteipolitischen Gegner wittern hier reiche Parteibeute. Nach Möglichkeit müssen unsere Flüchtlingsfunktionäre in den Wirtschaftsorganisationen der Flüchtlinge mitarbeiten und dürfen sich nicht ausschalten lassen. Vom Ortsverein bis zum Bezirksvorstand haben die parteigenössischen Flüchtlinge ihre entsprechende Vertretung, damit in unserer Partei eine wirkliche praktische und vernünftige Flüchtlingsarbeit geleistet wird.

ASL

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer

Im Jahre 1946 haben sich die sozialdemokratischen Lehrer in einigen Kreisen und Städten des Bezirkes Hannover wieder zusammengeschlossen und regelmäßige Zusammenkünfte durchgeführt.

Im Herbst 1947 schlossen diese ASL-Gruppen sich zum Bezirksverband zusammen. Es wurde ein vorläufiger Bezirksvorstand der ASL gebildet, der aus fünf Genossen bestand und den organisatorischen Aufbau im gesamten Bezirk durchführte.

An der schulpolitischen Tagung der Partei in Gelsenkirchen nahm der Bezirk mit etwa zehn Genossen teil.

Bereits am 10. und 11. März 1948 konnte die 1. Delegierten-Konferenz der ASL in Hannover abgehalten werden. Sie beschäftigte sich mit den Grundfragen sozialistischer Erziehung, der Schulreform in Niedersachsen und einem Entwurf für das Schulprogramm der Partei, der vom Hauptvorstand der ASL auf Grund der Gelsenkirchener Beschlüsse aufgestellt worden war. Außerdem wurde eine Bezirkssatzung der ASL beraten und angenommen. An der Konferenz nahmen etwa 70 Genossen teil. Es wurde ein siebenköpfiger Bezirksvorstand der ASL gewählt.

An der 1. interzonalen Delegierten-Konferenz der ASL in Göttingen nahmen etwa 25 Genossen aus dem Bezirk Hannover als Delegierte oder Gäste teil.

Die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer ist z. Z. in allen Kreisen des Bezirkes mit Ausnahme von Osterode (Harz) und Nienburg organisiert. Sie umfaßt etwa 300 Mitglieder.

ASA

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte

Auf Anregung des Bezirkssekretariats wurde nach einigen Zusammenkünften ein vorbereitender Ausschuß für die Schaffung der ASA im Bezirk Hannover gebildet. Nach einigen Zusammenkünften und Ausschußbesprechungen im kleineren Kreis wurde im Hodlersaal im Rathaus von Hannover die 1. Gründungskonferenz angesetzt und am 29. Mai 1948 durchgeführt. Die Konferenz war von Ärzten, Vertretern der Ärzteorganisationen und Behörden gut besucht.

Auf dieser Tagung sprachen:

1. Dr. A. Karl:
„Warum Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Ärzte?“
2. Prof. Dr. Reinwein:
„Zeitnot und Krankheitsablauf.“
3. Prof. Dr. Schönberg:
„Möglichkeiten zusätzlicher Beschaffung hochwertiger Eiweißstoffe für die menschliche Ernährung.“

Auf der Konferenz waren die zeitbedingten Probleme zur Diskussion gestellt und Anregungen für die weitere Arbeit gegeben.

Dr. Vorhauer, Hannover, wurde als Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der soz. Ärzte im Bezirk gewählt. Ebenfalls ist zum Teil je Unterbezirk ein Vertreter der Ärzte zum erweiterten Bezirksausschuß benannt worden. Die Arbeitsgemeinschaft umfaßt, wenn auch zur Zeit noch in loser Verbindung, etwa 70 Mitglieder.

Eine größere Aktivierung ist notwendig, um die vielen Aufgaben, wie die Reformierung des ärztlichen Berufslebens, die Erhaltung und Verbesserung der Volksgesundheit, die Einflußnahme auf die Gesundheitsausbildung an den Hochschulen und auf die allgemeine Sozialpolitik, sowie der gesamten Gesundheitspolitik im sozialistischen Sinne, zur Durchführung zu bringen.

Anschriftenverzeichnis

- Bezirk Hannover:** Odeonstraße 15/16, Telefon 2 16 51/52.
- Ortsverein Hannover:** Büro: Hannover, Jacobsstraße 10, Telefon 4 13 65 u. 4 14 72.
- Unterbezirk Hannover-Land:** Büro: Hannover, Odeonstraße 15/16, Telefon 2 16 51/52.
- Kreis Hannover-Land:** Westerfeld (Hann.), Saarstraße 9, Telefon 4 04 09.
 - Kreis Peine:** Peine, Goethestraße 10, Telefon 28 13.
 - Kreis Springe (Deister):** Springe, Lange Straße 62, Telefon 4 85.
 - Kreis Fallingb.:** Walsrode, Lange Straße 29, Telefon 7 67.
 - Kreis Burgdorf:** Burgdorf, Marktstraße 55, Telefon 5 57.
- Unterbezirk Hildesheim:** Büro: Hildesheim, Zingel 16 a, Telefon 6 81.
- Ortsverein Hildesheim:** Hildesheim, Zingel 16 a, Telefon 6 81.
 - Kreis Hildesheim-Marienburg:** Hildesheim, Zingel 16 a, Telefon 6 81.
 - Kreis Alfeld:** Alfeld (Leine), Winde 13, Telefon 2 50.
 - Kreis Holzminden:** Holzminden, Bahnhofstraße 13.
 - Kreis Clausthal-Zellerfeld:** Clausthal-Zellerfeld, Zelibach 40, Telefon 2 93.
- Unterbezirk Göttingen:** Büro: Göttingen, Maschmühlenweg 8/10, Telefon 27 37.
- Ortsverein Göttingen:** Göttingen, Weender Straße 80, Telefon 39 09.
 - Kreis Göttingen:** Göttingen, Weender Straße 80, Telefon 39 09.
 - Kreis Hann.-Münden:** Hann.-Münden, Rosenstraße 10.
 - Kreis Duderstadt:** Duderstadt, Marktstraße 85, Telefon 4 01.
 - Kreis Osterode (Harz):** Osterode, Obere Neustadt 24, Telefon 6 76.
 - Kreis Einbeck:** Einbeck, Altendorfer Straße 4, Telefon 5 77.
 - Kreis Northeim:** Northeim, Medenheimer Straße 23, Telefon 6 67.
- Unterbezirk Celle:** Büro: Celle, Gr. Plan 22, Telefon 20 02.
- Ortsverein Celle:** Celle, Gr. Plan 22, Telefon 20 02.
 - Landkreis Celle:** Celle, Gr. Plan 22, Telefon 20 02.
 - Kreis Gifhorn:** Gifhorn, Bodemannstraße 12 a, Telefon 5 08.
 - Kreis Uelzen:** Uelzen, Lüneburger Straße 102, Telefon 20 81.
 - Kreis Soltau:** Munster, Am Park 14, Telefon 4 14.
- Unterbezirk Nienburg (Weser):** Büro: Nienburg, Langestraße 97, Telefon 7 38.
- Kreis Nienburg:** Nienburg, Stahnwall 11, Telefon 1 27.
 - Kreis Syke/Hoya:** Syke, Am Düngel 8.
 - Kreis Diepholz:** Sulingen, Bellersche Straße 4, Telefon 3 83.
 - Kreis Neustadt a. Rbge.:** Neustadt a. Rbge., Landwehr 5, Telefon 3 76.
- Unterbezirk Lüneburg:** Büro: Lüneburg, Am Markt 4, Telefon 31 18.
- Kreis Lüneburg:** Lüneburg, Auf dem Meere 3, Telefon 31 18.
 - Ortsverein Lüneburg:** Lüneburg, Am Markt 4, Telefon 38 81.
 - Kreis Harburg:** Winsen (Luhe), Luhestraße 22, Telefon 7 98.
 - Kreis Dannenberg (Elbe):** Dannenberg, Marschtorstraße 40, Telefon 213.
- Unterbezirk Weser-Bergland:** Büro: Rinteln, Marktplatz 4, Telefon 3 44.
- Kreis Rinteln:** Rinteln, Marktplatz 4, Telefon 3 44.
 - Kreis Hameln:** Hameln, Deisterstraße 2, Telefon 34 73.
 - Ortsverein Hameln:** Hameln, Deisterstraße 2, Telefon 34 73.
 - Kreis Stadthagen:** Stadthagen, Obernstraße 4, Telefon 6 19.
 - Kreis Bückeburg:** Bückeburg, Lange Straße 70, Telefon 3 08.